



Angesichts der steigenden Gesundheitskosten versuchen auch die Krankenversicherungen immer wieder, durch gezielte Aktionen Kosteneinsparungen zu erzielen. So hat die Krankenversicherung Helsana im vergangenen Jahr mit der «Zur Rose» eine Vereinbarung ausgehandelt, um für das vergleichsweise teure Medikament Sortis® (Atorvastatin) der Pfizer AG eine Preisreduktion zu erreichen. Gemäss dieser Vereinbarung erhält ein Helsana-Patient für jedes Sortis, das über den «Zur-Rose»-Versandhandel anstatt über den

in Regionen, wo die ärztliche Medikamentenabgabe gesetzlich noch nicht oder nur teilweise erlaubt ist, durchaus eine Alternative zum Medikamentenbezug in der Apotheke. Obwohl beim

Bedenkliche Absprachen zwischen Krankenversicherungen und Versandapotheken

ordentlichen Apothekenkanal bezogen wird, einen Rabatt, der letztlich auch den Versicherten zugutekommt. Problematisch ist dabei, dass die Patienten von der Helsana unter Druck gesetzt werden, das Medikament auch wirklich bei der besagten Versandapotheke zu beziehen und nicht in einer öffentlichen Apotheke.

Neben der inakzeptablen Beeinflussung der Patienten bezüglich des Bezugs von Sortis ist bei der Absprache zwischen der grössten schweizerischen Krankenkasse und der Versandapotheke aber auch bedenklich, dass sie zu einer Ungleichbehandlung bezüglich der Rückvergütung führt. So wird den Patienten, die nicht bei der Helsana versichert sind, für Sortis ein höherer Preis verrechnet als den Helsana-Versicherten.

Die APA setzt sich in erster Linie für die direkte ärztliche Medikamentenabgabe ein, weil es sich dabei um die kostengünstigste und therapeutisch effizienteste Form der Medikamentenabgabe handelt. Allerdings sieht die APA im Versandhandel

Versandhandel der Vorteil der persönlichen ärztlichen Beratung mit verbesserter Therapietreue entfällt, eröffnet dieser Abgabeweg dem Patienten eine weitere Möglichkeit, die für ihn am besten geeignete Form des Medikamentenbezuges zu wählen. Aus diesem Grund stellt sich die APA gegen Aktionen von Versicherern, welche die Wahlfreiheit der Patienten bezüglich der Bezugsquelle von Medikamenten beeinträchtigen oder die kostengünstigere und von den meisten Patienten bevorzugte direkte Medikamentenabgabe in der Arztpraxis benachteiligen. Vielmehr würde sich die APA wünschen, dass die Hersteller die Medikamentenpreise freiwillig senken, ohne dass die Krankenversicherungen über die Grossisten oder Versandapotheken eine Preisreduktion erzwingen.

**Dr. med. Hans-Ulrich Kull, Küsnacht
Präsident der APA**